

Staatenbund Asean lädt UN-Gesandten wegen Birma aus Singapur

WELT ONLINE_21 november 2007

Zu ihrem 40-jährigen Jubiläum hat die südostasiatische Staatengemeinschaft Asean eine Charta unterzeichnet, die erstmals demokratische Grundwerte und den Schutz der Menschenrechte festschreibt. Die Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedsländer beschlossen bei ihrem Gipfel in Singapur zudem konkrete Schritte für die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes bis 2015 nach dem Vorbild der EU sowie ein Aufforstungsprogramm als Beitrag zum Klimaschutz. Überschattet wurden die Feierlichkeiten durch die von Birma erzwungene Ausladung des UN-Gesandten Ibrahim Gambari.

Er sollte die Gipfelteilnehmer über die Lage in Birma nach der blutigen Niederschlagung der friedlichen Proteste Ende September unterrichten. Birmas Premierminister Thein Sein, Mitglied der Militärjunta, bestand aber auf der traditionellen Nichteinmischung der Staatengemeinschaft.

Gambari war jedoch schon eingeladen worden und bereits unterwegs, als Asean der Forderung Birmas nachgab.

Die philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo war nach Angaben aus ihrer Delegation verärgert. "Wir wollten Birma eine Chance geben, sich zu reformieren", sagte ein Diplomat. "Jetzt haben wir einen Punkt erreicht, wo wir (die Generäle) drängen müssen." Zu Gesprächen mit den Asean-Vertretern sind auch Staats- und Regierungschefs aus China, Japan, Südkorea und Neuseeland nach Singapur gereist.

UNO verurteilt Niederschlagung der Proteste in Birma

AFP_21 november 2007

Die UNO hat erstmals die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Birma im September verurteilt. Der UN-Menschenrechtsausschuss verabschiedete mit 88 gegen 24 Stimmen bei 66 Enthaltungen einer Erklärung, in der der Einsatz von Gewalt gegen "friedliche Demonstranten" verurteilt wird. Der UN-Sicherheitsrat hatte sich wegen Einwänden Chinas und Russlands am 11. Oktober nur entschließen können, das Vorgehen der birmanischen Junta gegen die Demonstranten zu "bedauern".

Der Menschenrechtsausschuss erklärte nun, er sei "tief besorgt über die systematischen Menschenrechtsverletzungen" in Birma. Zugleich bedauerte er die "willkürlichen Festnahmen" und die Verlängerung des Hausarrests für die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi. Er forderte die Militärmachthaber auf, "ohne Zeitverlust" den Dialog mit der Opposition aufzunehmen. Der birmanische UN-Botschafter Kyaw Tint Swe erklärte, der Mehrheitsbeschluss sei nur durch politischen Druck der westlichen Staaten zu Stande gekommen.

Im September hatten Mönche und andere Demonstranten in Birma tagelang friedlich gegen die Militärführung protestiert. In mehreren Städten des Landes waren zeitweise Hunderttausende auf die Straße gegangen, bis die Militärs die Demonstrationen Ende September gewaltsam niederschlugen. Dabei wurden amtlichen birmanischen Angaben zufolge mindestens 14 Menschen getötet. Diplomaten in Rangun vermuten, dass es weit mehr Todesopfer gab.

Hand in Hand für Menschenrechte

Ostasiatische Länder unterzeichnen Menschenrechts-Charta Heute.de_20 november 2007

Die Südostasiatischen Staaten haben eine Charta unterzeichnet: Darin verpflichten sich die Mitglieder erstmals zu Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte. Zu den

Unterzeichnern gehört Myanmar, dessen Junta kürzlich Proteste mit Gewalt niederschlagen ließ.

Zu ihrem 40-jährigen Jubiläum hat die Südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN am Dienstag eine weitreichende Charta und einen Fahrplan für einen gemeinsamen Markt bis 2015 unterzeichnet.

Die Zeremonie beim Gipfel in Singapur wurde überschattet durch Myanmars Widerstand gegen ein Treffen mit dem UN-Gesandten Ibrahim Gambari, der daraufhin ausgeladen werden musste. In einer weiteren Erklärung verpflichteten sich die zehn Mitgliedsländer zur Aufforstung als Beitrag zum Klimaschutz.

Dokument muss ratifiziert werden

Die Charta soll Grundlage für eine engere Gemeinschaft des losen Staatenverbundes werden. Damit verpflichten sich die Mitglieder erstmals zu Demokratie und dem Schutz der Menschenrechte. Myanmar unterzeichnete das Papier auch. Dort hatte die Militärjunta erst Ende September friedliche Proteste mit Gewalt niederschlagen lassen. Das Dokument muss von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden, ehe es in Kraft tritt. Sanktionen gegen Mitglieder, die gegen Bestimmungen verstoßen, sind nicht vorgesehen.

Der gemeinsame Markt soll die Wirtschaft in Asien weiter ankurbeln.

Der Handel mit den ASEAN-Partnern beträgt bislang knapp 21 Prozent des gesamten Handelsvolumens der Mitgliedsländer. Bis 2015 sollen die Zollschraken fallen. Als Vorbild für den gemeinsamen Markt gilt die Europäische Union. Die ASEAN-Region ist etwa halb so groß wie China und hat rund 570 Millionen Einwohner.